

# Migration, Rezession, Politikverdrossenheit

## Warum Krisengerede noch keine Staatskrise ist - eine Diskussion in Los Angeles

Von Josef Joffe

Los Angeles, Ende Dezember - 'Deutschland ist kein Einwanderungsland.' Dieser in Granit gemeißelte Satz, der in Wahrheit besagt, daß die Bundesrepublik ein solches nicht werden darf, ist längst durch die Fakten widerlegt worden. Denn inzwischen beträgt der Ausländeranteil über sieben Prozent. 'Amerika ist ein Einwanderungsland.' Diese Behauptung ist heute so richtig wie vor 100 oder 200 Jahren, aber sie wird längst nicht mehr mit der vertrauten Verve vorgetragen.

Beispiel Los Angeles: Diese Stadt ist in den letzten 20 Jahren zur weit offenen 'Globalopolis' geworden - zum veritablen Welt-Mikrokosmos, der allen, vom Afghanen bis zum Zulu, eine Heimstatt bietet. Doch neuerdings wird gerade hier der Ruf nach Einwanderungsschranken immer lauter, und das Dilemma ist exemplarisch - für Amerika genauso wie für Europa. Auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema 'Wanderung, Rezession und Politikverdrossenheit' lieferte Richard Rothstein vom Economic Policy Institute das Beispiel: 'Textilien sind eine hiesige Wachstumsindustrie. Nur: Die schwarzen Frauen sind von Mexikanern und Salvadorianern verdrängt worden. Sie alle zu feuern, würde aber den Schwarzen nicht ihre Jobs wiederbringen. Dafür würde die gesamte Industrie verschwinden, weil sie im direkten Konkurrenzverhältnis zu Asien steht.'

Und warum sind die Asiaten tüchtiger?

Charles Wolf von der RAND-Corporation, dem ältesten Think-Tank Amerikas, kleidet seine Antwort in Zahlen. Von 1960 bis 1990 sei der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt in der OECD von 28 auf 44 Prozent und in den USA von 27 auf 36 Prozent gestiegen, in Japan aber von 18 auf nur 25 Prozent. Die Folge seien steigende Arbeitskosten und Arbeitslosenraten gewesen: In Westeuropa liege die Arbeitslosigkeit bei zehn Prozent, in den USA bei 6,4 und in Japan bei nur drei Prozent. Abschottung vom Welthandel sei kein probates Gegenmittel, weil hinter hohen Wällen zum Schluß nur noch 'Tausend-Dollar-Hunde' gegen 'Tausend-Dollar-Katzen' ausgetauscht würden.

Doch gehe es nicht nur um Bilanzen, meint der Wirtschaftsexperte Wolf, sondern auch um politische Stabilität: 'Im Westen wächst die Kluft zwischen denen, die die Sozialleistungen bezahlen, und denen, die sie genießen.' In den USA, wo das Wahlvolk der Legislative per Referendum ziemlich einfach einen Strich durch die Rechnung machen kann, kennt man das Phänomen der 'Steuerrevolte' schon seit Jahren. Da werden Steuern kurzerhand 'abgewählt' - oder die Abstimmungsmehrheit befiehlt dem Einzelstaat, mehr Geld für Polizei und weniger für Sozialhilfe auszugeben.

Reichen aber Politik- und Steuerverdrossenheit - von deutschen wie amerikanischen Teilnehmern gleichermaßen beklagt - schon aus, um von einer 'Demokratiekrise' zu re-

den? Der Politologe David Conradt, ein amerikanischer Deutschland-Experte, hielt mit einer bedenkenswerten Regel dagegen: 'Gefährdet ist die Demokratie erst dann, wenn sich die Verdrossenheit dauerhaft gegen das System richtet - also nicht bloß gegen Personen und deren Politik, sondern gegen die Grundwerte, Prozeduren und Verfassungen.' So war es in Weimar, so könnte es heute schon in Rußland sein - aber die westlichen Demokratien seien Lichtjahre von solchem Brutalbruch entfernt. 'Wir alle leiden nicht an einer Legitimitäts-, sondern an einer Performance-Krise.'

Welche Gesellschaft könne besser mit der 'Leistungskrise' fertig werden - die europäische oder die amerikanische? Werner Hirsch, Wirtschaftsprofessor an der Universität Los Angeles, meint: 'Eine Gesellschaft, die zuviel zu regulieren versucht und einem Nationalitätsbegriff von 'Blut und Boden' anhängt, hat es in dieser unordentlichen Welt schwerer mit der Anpassung als eine, die Staatsangehörigkeit anhand universeller Verfassungsprinzipien definiert und sich von Anfang an dem Wandel verschrieben hat.'

Amerika, du hast es besser? Nicht unbedingt, wenn man die derzeitige 'Performance-Krise' an der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik mißt, konstatierte Conradt. 'Denn: die Bundesrepublik ist immer das letzte Land, das in eine Weltrezession schlittert - und das erste, das sich wieder herausappelt.'